

Grundrecht auf Asyl ist und bleibt Menschenrecht!

Verantwortung für Asylsuchende – Land und Kommunen handeln gemeinsam für eine humanitäre Aufnahmepolitik in Niedersachsen!

Immer mehr Menschen sehen sich aufgrund von Menschenrechtsverletzungen, Krisen und Konflikten gezwungen ihre Heimat zu verlassen. Seit dem Bürgerkrieg 2011 in Syrien steigen die Flüchtlingszahlen in Deutschland wieder deutlich an. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen kritisieren, dass sich die schwarz-rote Bundesregierung – trotz der beschlossenen humanitären Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Flüchtlinge, weiter zunehmender Krisen und Konflikte in Afrika, sowie der anhaltenden systematischen Diskriminierung von Roma und Sinti in Europa – einer geordneten und humanitären Aufnahmepolitik verweigert.

Statt Länder und Kommunen zu unterstützen, polarisieren Bundesinnenminister De Maiziere und der bayerische Ministerpräsident Seehofer beispielsweise gegen Menschen aus Herkunftsländern wie Bulgaren und Rumänen mit Parolen „Wer betrügt, der fliegt“. Damit treiben sie ein gefährliches Spiel mit den Ängsten und Vorbehalten der Bevölkerung auf Kosten von Zugewanderten.

Sichere Herkunftsländer lösen nicht die Probleme der deutschen Flüchtlingspolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen halten die Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ für falsch, da sie keines der vielen Probleme der deutschen Flüchtlingspolitik löst. Damit wird weder den Flüchtlingen, noch dem Land Niedersachsen und schon gar nicht den Kommunen geholfen. Die Große Koalition versucht in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck zu erwecken, man könne auf diesem Wege die Zuwanderung aus dem Westbalkan stoppen und schon vorhandene Engpässe bei der Unterbringung in den Ländern und Kommunen lösen.

Die Grünen Niedersachsen halten es für richtig, dass die niedersächsische Landesregierung der Gesetzesvorlage im Bundesrat nicht zugestimmt hat.

Niedersachsen geht voran für mehr Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik

Die rot-grüne Landesregierung hat in kurzer Zeit in Niedersachsen deutlich gemacht, dass Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik, mehr Menschlichkeit im Umgang mit

Flüchtlingen und ihren Familien, notwendig und machbar ist. Die seit 30 Jahren erfolgreiche Beratungs- und Unterstützungsarbeit für den Niedersächsischen Flüchtlingsrat wird endlich wieder gefördert. Jeder Flüchtling hat das Recht auf angemessene soziale Beratung und Betreuung! Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber nicht.

Die neue Willkommenskultur in den Kommunen baut mit Unterstützung des Landes Niedersachsen ein notwendiges positives Klima auf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN danken den vielen Landkreisen, die sich beteiligen und damit offensiv dazu beitragen, dass sich die Lebenssituation von Flüchtlingen und Asylbewerber verbessert.

Seit dem Frühjahr 2013 erhalten Flüchtlinge in Niedersachsen in allen Landkreisen wieder Bargeld statt der entwürdigenden und stigmatisierenden Wertgutscheine für die Sicherung ihres Lebensunterhalts. Der Vorrang für Geldleistungen gilt auch für die Erstaufnahmestellen in Niedersachsen.

Mit dem Rückführungserlass hat das rot-grüne Niedersachsen im September 2014 deutliche, transparente und vor allem nachvollziehbare Vorgaben für die Ausländerbehörden zur Durchführung von Abschiebungen auf den Weg gebracht. Damit wird sichergestellt, dass ein anderer humaner Weg bei Nachtabschiebungen und Familientrennungen in Niedersachsen gegangen wird. Das sind wichtige Schritte, den Paradigmenwechsel auch in der Abschiebungspraxis konsequent umzusetzen.

Die Grünen Niedersachsen halten diesen Erlass für bundesweit wegweisend, um die Familieneinheit zu wahren und die Menschenwürde zu schützen. Insbesondere die Neuregelung zur Vermeidung von Abschiebungshaft bringt uns unserem erklärten grünen Ziel, die Abschiebungshaft überflüssig zu machen, ein großes Stück näher. Mit der grundlegenden Reform der Härtefallkommission ist Niedersachsen ebenfalls seinem humanitären Auftrag gerecht geworden.

Es ist und bleibt Aufgabe der Politik, sowohl auf kommunaler als auch Landes- und Bundesebene die Aufnahme und Unterbringung der Menschen in der Zeit von der Erstaufnahme bis zur Verteilung und Unterbringung in unseren Kommunen so zu organisieren, dass die Flüchtlinge vor Ort gut aufgenommen werden können. Dieser Aufgabe hat sich Rot-Grün in Niedersachsen im Regierungshandeln von Anfang an gestellt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen bedanken sich bei den zahlreichen Willkommensinitiativen und ehrenamtlichen UnterstützerInnenkreisen, die sich im

ganzen Land gegründet haben. Sie unterstützen die Kommunen ehrenamtlich bei ihren Aufgaben und zeigen den Flüchtlingen, dass sie willkommen sind.

Gemeinsam Verantwortung für Schutzsuchende übernehmen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern alle demokratischen Parteien auf, den aufkommenden rechtspopulistischen Slogans wie „Das Boot ist voll“ entschieden entgegenzutreten. Wir alle haben nicht nur eine Verantwortung gegenüber Schutzsuchenden, sondern auch eine verfassungsrechtliche und internationale Verpflichtung jedem Menschen ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu ermöglichen. Die Grünen Niedersachsen verurteilen die in jüngster Zeit zunehmenden Angriffe auf Asylbewerberheime scharf und treten entschieden gegen jede Form von Rassismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft ein. Die unfassbaren Bedrohungen und Misshandlungen in einer Flüchtlingsunterkunft in Burbach und weiteren Einrichtungen müssen aufgeklärt und bestraft werden. Zudem müssen aus diesen Vorfällen umfassende Konsequenzen gezogen werden. Flüchtlingsunterkünfte dürfen keine rechtsfreien Räume werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen werden weiterhin gemeinsam mit Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Moscheengemeinden, Verbänden der Selbstorganisationen der Russlanddeutschen, der Sinti und Roma und anderer MigrantInnenorganisationen den Herausforderungen der gestiegenen Flüchtlingszahlen begegnen und den konsequenten Weg der rot-grünen Landesregierung für ein weltoffenes Niedersachsen unterstützen – trotz der inhumanen Politik im Bund und in Europa.

Menschenwürdige Flüchtlingspolitik muss zur zentralen politischen Aufgabe werden

Die Sicherstellung einer menschenwürdigen Unterbringungs- und Lebenssituation für Flüchtlinge wird alle Bundesländer in den kommenden Jahren anhaltend beschäftigen. In Niedersachsen leben zurzeit etwa 70.000 Flüchtlinge. Bis zum Jahresende werden Prognosen zufolge etwa weitere 20.000 Menschen einen Asylantrag in Niedersachsen stellen.

Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik muss zur zentralen Aufgabe der politischen Akteurinnen und Akteure beim Bund, den Ländern und auf kommunaler Ebene werden. Nur wenn alle drei Ebenen gleichberechtigt miteinander an der Lösung dieser elementaren Aufgabe zusammenarbeiten, kann es gelingen den Flüchtlingen eine Perspektive zu geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern ein Handlungskonzept, um Land und Kommunen finanziell sowie organisatorisch zu unterstützen. Damit sollen Chancen eröffnet werden, um die ankommenden Flüchtlinge bestmöglich aufzunehmen und zu integrieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen halten einen landes- und bundesweiten Handlungsplan für unabdingbar und fordern:

1. Landesaufnahmeeinrichtungen und ein integriertes Aufnahmemanagement

Eine Aufstockung der Kapazitäten in den Einrichtungen ist dringend notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern, dass sich der Bund an Lösungen beteiligt und geeignete Bundesliegenschaften zur Verfügung stellt. Wir haben in allen niedersächsischen Landeserstaufnahmeeinrichtungen (Bramsche, Braunschweig und Friedland), über die das Land die Aufnahme des bundesweiten humanitären Aufnahmeprogramms organisiert, eine Überbelegung. Über zwei Jahrzehnte waren die AsylbewerberInnenzahlen rückläufig – von 438.000 im Jahr 1992 auf 27.649 im Jahr 2009. Dementsprechend wurden in vielen Kommunen Kapazitäten und Strukturen der Flüchtlingshilfe und -aufnahme abgebaut.

2. Humanitäre Standards für die Unterbringung in den Kommunen

In den Kommunen werden Flüchtlinge sehr unterschiedlich untergebracht. Mindeststandards gibt es nicht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern eine ständige Arbeitsgruppe unter Federführung der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, die hierfür Kriterien erarbeitet. Des Weiteren sollten die Kommunen gemeinsam mit dem Land eine Absichtserklärung für humanitäre Mindeststandards zur Unterbringung Unterbringung auf den Weg bringen. Die schwarz-rote Bundesregierung muss Mittel für die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen sollten das Wohnraumförderungsprogramm des Landes für die Zielgruppe der Flüchtlinge nutzen.

3. Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Dies ist eine Grundvoraussetzung zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und zur Entlastung der Länder und Kommunen. Mit der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes hätten die BezieherInnen dieser Leistungen endlich Anspruch auf Leistungen nach SGB II und SGB XII. Damit würden die Rechte von AsylbewerberInnen und Geduldeten gestärkt. Auch würden sie damit endlich Zugang zu medizinischen Leistungen und zu Arbeitsmarktinstrumenten

erhalten.

4. **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern den personellen Ausbau des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Eine zeitnahe und gute Bearbeitung von Asylanträgen ist nur mit zusätzlichem geschultem Personal möglich. Ein Beharren auf dem niedrigen Status quo wird den Bedarfen nicht gerecht und trifft die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen.

5. **Arbeitsmarktzugang**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern, dass die Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden und Flüchtlingen erleichtert wird. Die Jobcenter und Arbeitsagenturen sind hier die wichtigsten Akteure. Die Kommunen können in viel stärkerem Maße diese Angebote nutzen und damit vor Ort umfassende Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

Zudem wollen die Grünen Niedersachsen mit der neuen EU-Förderperiode sicherstellen, dass dieser Personenkreis weiterhin Zielgruppe von Fördermaßnahmen der ESFBundesprogramme

(z.B. berufsbezogene ESF-Sprachkurse, Netzwerk „Arbeitsmarktliche Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge“) ist.

6. **Migrations- und Sprachkurse**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern die Bundesregierung auf, Integrationskurse auch für Asylsuchende und Geduldete zu öffnen. Gegenseitiges Verstehen erleichtert das Verständnis mit- und untereinander.

7. **Nationale Flüchtlingskonferenz**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern die Bundesregierung auf, die Situation in den Kommunen ernst zu nehmen sowie ihre Verantwortung und Gestaltungsrolle anzunehmen. Die Unterbringung und Verteilung der neu ankommenden AsylbewerberInnen braucht eine Koordinierung und flexible Lösungen. Eine nationale Flüchtlingskonferenz unter Einbezug aller Ebenen ist hierfür ein erster richtiger Schritt.